

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 217 Nr. 11/43

Bezugspreis: vom 16.-24. 120 Gebirg, - Beilagen nehmen sämtliche Pöhlenteller, - Beilagen und unter Umständen entgegengesetzt. - Börsen werden mit dem Tages von Börsenzeitung.
Halle-Saale
Anzeigenpreis: Die 8 Spalten 84 mm breite mit 10 Pfennig, kleine 4 Spalten 42 mm breite mit 5 Pfennig, 2 Spalten 21 mm breite mit 3 Pfennig, die 3 Spalten 30 mm breite 6 Pfennig, 2 Spalten 21 mm breite 4 Pfennig, 1 Spalte 10 mm breite 2 Pfennig.
Verlagspreis: Die 8 Spalten 84 mm breite mit 10 Pfennig, kleine 4 Spalten 42 mm breite mit 5 Pfennig, 2 Spalten 21 mm breite mit 3 Pfennig, die 3 Spalten 30 mm breite 6 Pfennig, 2 Spalten 21 mm breite 4 Pfennig, 1 Spalte 10 mm breite 2 Pfennig.
Verlag: Verlags- und Druckerei-Verlag von Otto Lohse, Halle-Saale.
Verlag: Verlags- und Druckerei-Verlag von Otto Lohse, Halle-Saale.

Die Beilegung des bayerischen Konfliktes

Eine Einmischung Englands?

Zum Rücktritt v. Kahr

Berlin, 18. Febr.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Der Berliner „Morgen-Blatt“ will von gutunterrichteter Seite erfahren haben, daß der Rücktritt Kahr's und Baffens auf den Schritt zurückzuführen sei, den die englische Regierung, wie bekannt, in bezug auf die bayerischen Verhältnisse unternommen habe. Nachdenn habe durch Glise der bayerischen Regierung erklärt lassen, daß England nicht in der Lage sei, für die Wiederherstellung der bayerischen Autorität in der Pfalz einzutreten, falls nicht zuvörderst gekehrt würde für die Rückkehr Bayerns zu verfassungsmäßigen Zuständen. Am nächsten daran befindet sich dann die Meldung weiter, daß der Ausnahmestand in Bayern nur noch längere Zeit bestehen könne, aber daß bereits beschlossene ist, ihn gleichzeitig mit dem Ausnahmestand im Reich, als vorübergehend zum 1. März, aufzuheben. Das Blatt gibt selbst nicht aufzufordernde Nachricht nur unter offen Vorbehalt wieder und tut gut daran, denn bei amtlicher Stelle wird ihre Richtigkeit erhehlich bezweifelt.
Es wäre in sich nicht unangenehm, wenn wieder einmal eine fremde Macht eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten verüben wollte, aber vorläufig läßt sich die Sachlage nicht für ein solches, als sie die dies in Pfalz durch eine Verhängung in der Pfalzregion bezeichnen sollte. Sie würde anderen dienen, damit und den letzten nicht auch auf die Spur, wo die Regierung dieser Information zu finden sind, der unter Umständen eine verhängnisvolle außenpolitische Bedeutung nicht abzubringen ist, und dem Wunsch der Sozialdemokraten und Demokraten entgegenkommen, denn natürlich jedes Mittel recht ist, um den weltläufigen Geist in Bayern in Miffredit zu bringen und auch über den Ausnahmestand aufzuheben. Sollte es sich in der Tat bewähren, daß in dieser ungläubigen Form von England eine Einmischung verlangt würde, so wird man mit der Reichsregierung verhandeln müssen, daß sie entsprechenden Druck ausüben erhebt.

Einigung zwischen Bayern und Reich

München, 18. Februar.
Amstlich wird mitgeteilt: Nach der Erledigung der letzten Streitpunkte zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über den Vollzug des Wehrgesetzes wurde in den

letzten Tagen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung folgendes vereinbart:
Hintererkenntnisse, durch das die Bestimmungen der Reichsverfassung und des Wehrgesetzes über die Einheit des Heeres und die Einheitspflicht des Oberbefehls nicht berührt werden sollen. In diesem Rahmen soll künftig auch bei der Ausrückung des Bundesheeres in Verbindung mit der bayerischen Regierung ins Benehmen getreten und dabei ihren berechtigten Wünschen Rechnung getragen werden, bei der Verwendung bayerischer Truppen innerhalb des Landes die bayerische Regierung möglichst vorher gehört und dabei dem bayerischen Reichstag möglichst weitgehend mit seinen Entscheidungen der inneren Sicherheit des Landes, die die Wehrformel der gesamten Wehrmacht zur Vermeidung von Zweifeln folgende Fassung erhält:
„Ich schwebe Truppe der Reichsregierung des Deutschen Reiches und meines Heimatlandes und gelobe als tapferer Soldat, mein Vaterland und seine Rechte mit feinem Einsatz jederzeit zu schützen und dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten jederzeit Gehorsam zu leisten.“
Durch vorstehende Vereinbarung wird die Verhandlung weitergehender, in der bayerischen Denkmalen enthaltenen Wünsche nicht ausgeschlossen. Mit dieser Vereinbarung ist das Einvernehmen zwischen Reichsregierung und bayerischer Staatsregierung wieder hergestellt und die Inpflichtnahme des bayerischen Teiles der Reichswehr auf die bayerische Regierung vom 2. Oktober 1923 entfallen.

Koback verhaftet

Wien, 18. Februar.
Der wegen Teilnahme am Oesterreichischen Reichsrat verhaftete Koback wurde gestern hier verhaftet. Man fand bei ihm falsche Legitimationspapiere.

Keine Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes

Berlin, 18. Februar.
(Von unserem eigenen Bericht.)
Die Frage einer eventuellen Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes scheint, wie wir von parlamentarischen Kreisen hören, dahin entschieden zu sein, daß die Reichsregierung ein solches Verlangen nicht stellen wird.

Wie Italien zur Teilnahme an Kriegen geködert wurde

Paris, 18. Februar.
Der „Quantié“ wird aus London gemeldet, daß der Unterstaatssekretär im Foreign Office Bonsonb gestern im Unterhaus das Vorkommen eines zwischen Italien, Frankreich und England abgeklärten Geheimvertrages enthüllt hat. Dieser Vertrag vom 28. April 1915 von Lord Grey unterzeichnet worden. Artikel 15 des Vertrages, auf den sich Italien bei dem Verlangen nach Abtretung des baltischen Bosphorus und dem Somaliland liegenden Gebietes von Zuhilnahme fügt, hat folgenden Wortlaut:
„Wenn Frankreich und Großbritannien ihre Kolonialgebiete im Afrika zum Schutz des baltischen Bosphorus vergrößern, so erkennen sie im Prinzip Italien gewisse Rechte im Somaliland, Äthiopien sowie in den Gebieten, an die die britischen und französischen Kolonien grenzen, vorzuziehen sein werden.“
Frankreich hat in Ausführung dieser Artikel, durch die allein Italien denogen wurde, am Krieg teilzunehmen, einen Teil von Tunesien abgetreten.

Gegenrevolution in Ostibirien

London, 18. Februar.
Die „Morningpost“ meldet aus Riga, daß in Ostibirien in Ostibirien die Revolution unter Führung eines gewissen Kankowski ausgebrochen sei. Kankowski habe früher in der weißrussischen Organisation des General Schwefel gearbeitet. Die Rote Garde sei entworfen worden und die Monarchie angegriffen worden. Es sei eine provisorische Regierung gebildet, der auch ehemalige Rotgardisten angehören. Ueber Kankowski und die Ostibirien wurde der Belagerungszustand verhängt. Von Kankowski wurde berichtet, daß die Revolution von der japanischen und dänischen Regierung unterstützt sei. Im japanischen und dänischen Konsulat von Wladivostok wurden Ausschuldungen vorgenommen.

Der brandenburgische Landtag

Berlin, 18. Februar.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Am Sonntag fand in Berlin der brandenburgische Landtag statt. In seiner Eröffnungsrede erinnerte der Reichspräsident Nicolas daran, unter welcher anderen Verhältnisse von einem Jahr an Beginn des Reichstages der nächste Landtag vor sich genommen war. Daß der Reichspräsident nicht den Erfolg gebracht hat, den man sich freizeigt noch erfüllt, ist nicht die Schuld der Landwirtschaft. Inwiefern ist die politische und wirtschaftliche Situation des deutschen Volkes und damit auch der Landwirtschaft viel ernster und schwieriger geworden, als sie damals war und als sie hätte werden können, wenn der Reichspräsident erfolgreich durchgeföhrt worden wäre. Wenn heute überhaupt eingetragene wieder Ordnung in die Wirtschaft gekommen ist, so ist das in erster Linie der Stabilisierung der Währung mit Hilfe der Rentenmark zu danken, welche in erster Linie auf der Opferbereitschaft und Bereitschaft der Landwirtschaft beruht. Also mehr muß darauf geachtet werden, daß jetzt nicht wiederum eine Verfallung der Rentenmark ausgelassen wird. Schon aus diesem Grunde ist es unumgänglich, daß von Deutschland in absehbarer Zeit Reparationen geschickt werden oder auch nur die Weltmarken der Rentenmark erklärt werden. Was die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaft insbesondere anlangt, so erinnern die Verhältnisse in der Hinsicht an die Zeit vor 31 Jahren, wo damals während der Capitulität der Bund der Landwirtschaft gerettet wurde. Der Besprechung der wirtschaftspolitischen Fortschritte, die sich aus der Agrarfrage ergeben, dient die heutige Versammlung. Der Redner erinnerte daran, unter welchen Schwierigkeiten der Landrentenmarken Konflikt beigelegt wurde und dankte der Reichsregierung dafür, daß sie trotz des Widerstandes des Finanzministeriums auf dem Wege der Rentenmark die Landwirtschaft gerettet habe. Seine Hoffnungen auf einen baldigen Erfolg, daß der unfähige Reichstag bald nicht möglich sein können müsse. Es müsse endlich der Weg freigemacht werden für einen öffentlichen Markt im besten Sinne des Wortes, der von der Landwirtschaft langem geordert wird. Das Ziel des brandenburgischen Landtages, dem auch die heutige Versammlung gelte, ist ein freies, einiges deutsches Vaterland.
Am Freitag er die Reichsregierung (Koback) nahm die brandenburgische Abgeordnete Schickel an einer großangelegten Rede das Wort, über die wir nach berichten werden.

Die Pfalz wieder frei

Die ganze Pfalz von den Separatisten befreit

Speyer, 18. Februar.
(Eigener Drahtbericht.)
Die separatistischen Bayern sind gestern in der ganzen Pfalz eingekerkert worden. Die abgehenden Sonderbänder wurden vielfach von den französischen Bezirksbehörden und französischen Offizieren zum Bahnhof begleitet. In Speyer werden sich sämtliche separatistischen Truppen, die zum größten Teil aus landfremden Elementen bestehen, gesammelt, um ein Aufbruch nach der Pfalz abzurufen. Die Mitglieder der separatistischen Regierung befinden sich noch im Regierungsgebäude in Speyer, haben jedoch ihre Tätigkeit eingestellt.

parationen bezahlen muß. „Seite sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß die Befreiung der Pfalz von den Separatisten ein Gebot der Gerechtigkeit ist.“
Frankreich, fügte Herrriot hinzu, muß das Ruhegebiet räumen und ein Mitspracherecht im Austausch gegen drei solche Länder nehmen:
1. Kontrolle des deutschen Transporthwesens, die mehr als drei Milliarden Franken einbringen könne;
2. Eingehung der Reichsfinanzreform;
3. Aufnahme einer internationalen, von den Verbündeten garantierten Anleihe.
Wir sind gegen die Gewalt, weil eine vorübergehende Lösung die Zukunft nicht sichert. Wir wünschen einen neuen und größeren Frieden unter Verantwortung des Völkervertrages. Jetzt mit der militärischen Aktion, bei Frankreich die Welt regieren muß! Zum Schutz des Herrriots seiner Lebensversicherung, daß unverzüglich zwischen Frankreich und Rußland die Beziehungen wieder angeknüpft werden müßten.

Hervé für eine Diktatur Clemenceau

Paris, 18. Februar.
Hervé steht in der „Vieuvre“ unermüdet seinen Kampf zu Gunsten Clemenceaus fort. Hervé steht auf dem Standpunkt, daß Clemenceau allein in der Lage sei, durch Übernahme der Diktatur Frankreich vor der Katastrophe zu retten.

Ein französischer Kapitalfuch-Scandal

Paris, 18. Februar.
Seit einigen Tagen ist eine Untersuchung wegen zwei in Paris anfällige englische Bankiers wegen Kapitalfuch durch verboten. Einfluß ausländischer Wertpapiere im Gange. Nach dem „Matin“ wird die Angelegenheit nicht auf die beiden englischen Finanzleute, Major Langton und Wex, beschränkt bleiben, sondern auf Verhältnissen aus den höchsten Kreisen in Frankreich übergriffen. Dem Untersuchungsrichter liegen zurzeit nicht weniger als vierzig Klagen des Finanzministeriums vor.

Eine Programmrede Herrriots

Paris, 18. Februar.
Herrriot, der Führer der Radikalfractionen, hat gestern vor zahlreichen Vereinen der Radikalfractionen das Wort zu einer politischen Programmrede gesprochen. Er sagte, die Kammer der Abgeordneten hat Frankreich einer Katastrophe entgegengeführt und es gleichzeitig in den Zustand einer bedenklichen Notlage versetzt. Sie hat, soweit sie es nur konnte, die republikanischen Gesetze der Trennung von Kirche und Staat des Religionsunterrichts und des achtjährigen Schulpflichtes beibehalten. Die Radikalfractionen verstanden mit allen Kräften, die antirepublikanische Mission einzuführen. Sie haben sich gegen das doppelte Verbot gewehrt, das vor allem die Arbeiterklasse zu spüren bekommen werde. Das Wadget hätte eine Zweiteilung wichtiger und in angemessener Weise durch die freigegebenen Gebiete der Eisenbahnen und Kapitale freigegeben ausgeführt werden. Herrriot fügte hinzu, er habe sich der Regierung anlässlich der Abstimmung über die Rücknahme entschlossen, weil er glaubte habe, daß das Interesse der Arbeiter der Partei doch noch. Außerdem hätte er auf dem Standpunkt, daß Deutschland die Re-

Universität- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192402192-15/fragment/page=0001

